

## Schöne Aussichten

**Familie ist dort, wo Kinder leben.**

**Sehnsucht nach Familie**

„Unter Wölfen“ titelte „Der Spiegel“ am 6. März 2006 einen Beitrag über die gesellschaftliche Lage in Deutschland. Die Journalisten berichteten von abnehmenden Geburtenraten, die nicht nur die finanzielle Zukunftssicherung düster aussehen lässt, sondern sich inzwischen auf das Miteinander in unserem Land katastrophal auswirkt. Da ist von einer Gesellschaft von Egoisten die Rede. Dabei darf es nicht bleiben. „Denn,“ so das Nachrichtenmagazin, „ohne Familie verlernt die Gesellschaft schlichtweg die Liebe.“ Schon im Februar war dem Journalisten Felix Barth in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung eine neue „Sehnsucht nach Familie“ in allen Kreisen der Gesellschaft aufgefallen. Und als schließlich kurz darauf der Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Frank Schirrmacher nach dem Senioren-Bestseller „Methusalem-Komplott“ in diesem Frühjahr mit „Minimum“ einen neuen Bucherfolg startete, in dem er darum kämpft, dass Familie keine Ausnahmeerscheinung werden darf, spätestens seitdem kann getrost von einer Trendwende gesprochen werden. Deutschland entdeckt die Bedeutung der Familie.

### **Symbolpolitik der Großen Koalition**

Sicherlich benötigt eine Trendwende oft Jahre, bis nach den ersten Beobachtungen tatsächlich in der Wirklichkeit etwas ankommt. Aber es stellt sich auf einmal die dringende Frage, welchen Beitrag die Sozialpolitik in unserem Land jetzt leisten muss, damit die neu beobachtete Einsicht in die Bedeutung der Familie auch die geeigneten Rahmenbedingungen in der Gesellschaft findet. Die Diskussion in der Großen Koalition zur geplanten Einführung des Elterngeldes macht jedenfalls deutlich, dass auch die gegenwärtige Regierung leider wieder zu einer Art Symbolpolitik greift, die vermutlich nichts verändert wird. Das z.B. von CDU und SPD angedachte Elterngeld würde ohnehin in erster Linie die Doppelverdiener begünstigen. Eine bedarfsorientierte Familienpolitik sieht jedenfalls anders aus. Was kann Diakonie mit gutem Recht vom Gesetzgeber erwarten, damit die Rahmenbedingungen für das Leben von Familien tatsächlich verbessert werden?

### **Kinderlose dürfen weder benachteiligt noch bevorzugt werden.**

Ziel darf auf keinen Fall sein, dass nun die, die sich, warum auch immer, gegen ein Leben mit Kindern entscheiden oder denen der Kinderwunsch versagt bleibt, unter massiven moralischen Druck geraten. Sie sind nicht die Sündenböcke der demographischen Entwicklung, die den gesellschaftlichen Verpflichtungen zum Kinderkriegern endlich nachkommen sollten. Wenn Menschen eine Familie gründen, dann tun sie es als Privatpersonen. Der Staat darf Bürgern, die sich gegen Kinder entscheiden nicht bewerten. Wir leben in einer offenen Gesellschaft. Da sollten wir gerade als freikirchliche Christen die Gewissensfreiheit anderer respektieren. Aber der Staat darf wiederum auch nicht

Menschen, die sich gegen Familie und das Leben mit Kindern entschieden haben, materiell und kulturell bevorzugen. Leider geschieht das zurzeit in eklatanter Art und Weise. Bereits der fünfte Familienbericht der Bundesregierung von 1990 wies darauf hin, dass über Einkommens-, Lohn-, und Umsatzsteuer die staatliche Förderung für Familien zu 68% wieder von diesen zurückgezahlt wird. Nun sind in den letzten Jahren die Ausgaben für Kinder über die Erhöhung der Öko- und Mehrwertsteuer erheblich gestiegen. Getrost kann davon ausgegangen werden, dass die Eltern 2006 in noch höherem Maße die Unterstützungen des Staates für Kinder und deren Erziehung eigen finanzieren. So gesehen ist die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn 2007 schamlos kinder- und familienfeindlich und privilegiert Kinderlose.

### **Der Staat kassiert Familien mit Kindern ab.**

Aber es kommt noch schlimmer. Der „Rheinische Merkur“ macht in seiner Nummer 13/2006 auf einen weiteren Missstand aufmerksam. Zieht man einmal eine fiskalische Bilanz im deutschen Steuer- und Sozialsystem für ein Kind, das im Jahr 2000 geboren wird und sich hinsichtlich seines Bildungsverhaltens, seiner Erwerbsbeteiligung und der Zahl seiner eigenen Kinder lebenslang als durchschnittlich erweist, dann findet man folgendes Ergebnis: „Der Staat hat nach Bilanzierung aller gegenseitigen Leistungen einen finanziellen Vorteil von 76 900 Euro.“ Ob Kindergeld, die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten bei der Rente, subventionierte Kindergartenplätze, kostenlose Schulausbildung – alle diese staatlichen Leistungen kosten den Staat am Ende kein Geld. Fazit des Rheinischen Merkurs: Kinder bringen Geld in die Staatskassen! Ich bin je länger je mehr davon überzeugt, dass Eltern mit Kindern in unserer Gesellschaft in unglaublicher Weise benachteiligt werden. Allein die Doppelbelastung von Familien mit Beiträgen zur Sozialversicherung und Ausgaben zur Kindererziehung ist staatliche Abzocke!

### **Beim Exportweltmeister sind Kinder armutsgefährdet.**

Leider, das darf an dieser Stelle ebenfalls nicht verschwiegen werden, betrifft es vor allem Kinder die in Deutschland in besonderer Weise armutsgefährdet sind. Der Exportweltmeister positioniert sich global auf Kosten seiner Kinder. Diesen Tatbestand dokumentierte im März 2006 in bedrückender Weise eine Langzeitstudie des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), die die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Auftrag gegeben hatte. Jedes zehnte Kind in Deutschland wachse, so die Frankfurter Forscher, in Armut auf. Betroffen sind davon zwei Millionen Mädchen und Jungen. Die Studie orientierte sich dabei an der EU Armutsdefinition, nach der die Menschen als arm gelten, die weniger als 50 % des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung haben. Und wo leben diese Kinder? Arme Kinder haben erwerbslose Eltern, kommen aus Ein – Eltern - Familien oder haben mehr als zwei Geschwister. Armutsgefährdet sind schließlich Kinder aus Migrantenfamilien. Ergebnis der Armutsstudie: „Diese Kinder nehmen weniger am sozialen und kulturellen Leben teil, tragen höhere gesundheitliche Risiken, und ihnen bleiben

zukunftssichernde Bildungswege verschlossen.“ Wenn ein Land sich mehr um die Voraussetzungen ständig steigender Handelsüberschüsse müht, als um die Armutsprävention seiner Kinder wird es am Ende auch volkswirtschaftlich auf der Strecke bleiben.

### **Zukunftschancen für Familien**

Natürlich, die Entscheidung für Kinder werden nicht aus fiskalischen Überlegungen getroffen. Die Lust auf Familie entsteht nicht beim Gespräch mit dem Steuerberater über der Einkommenssteuererklärung. Das ist klar. Leben mit Kindern ist für mich eine der zentralen Antworten auf die Fragen nach dem Sinn im Leben. Leben mit Kindern macht bei allem Stress ganz einfach Freude. Das ist sicherlich auch der Grund, warum alle Umfragen zeigen, dass die Mehrheit von Jugendlichen und jungen Paaren nach wie vor den Wunsch haben, Familie zu gründen und mit Kindern zu leben. Die entscheidende Herausforderung in der Familienpolitik heißt deshalb: Welche Hemmnisse und Hürden gilt es abzubauen, dass die, die Familie wollen auch Unterstützung erfahren? Mit welcher Hilfe dürfen die rechnen, die sich wünschen, mit Kindern zu leben?

### **Rahmenbedingungen für mehr Kindergeschrei in Deutschland.**

Die Rahmenbedingungen müssen sich an der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Elternschaft orientieren. Die Infrastruktur für Familien mit Kindern muss verbessert werden. Die in der Summe gewaltigen Familienförderungsgelder müssen immer mehr vom direkten Transfer für Personen hin zur Förderung von Betreuungseinrichtungen umgeschichtet werden. Dabei ist zu beachten, dass eine materielle Sicherheit für diejenigen Familien geschaffen wird, die das Geld zur Wahrung des Existenzminimums wirklich benötigen. Der bedarfsgerechte Familienausgleich ist anzustreben und konsequent umzusetzen. Es gilt auch hier die Freiwilligkeit für die Inanspruchnahme der Angebote. Das Subsidiaritätsprinzip muss auch bei der Schaffung von Rahmenbedingungen Vorrang haben. Freie Träger der Wohlfahrt haben Vorrang bei der Einrichtung und Durchführung von Angeboten. Es geht nicht, dass der Staat bei der Verbesserung der Infrastruktur für Familien sich mit Subventionen wieder selbst begünstigt und bedient. Hier einige Beispiele für verbesserte Rahmenbedingungen.

### **Betreuung**

a) Kinder müssen ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz vom vollendeten zweiten bis zum dritten Lebensjahr haben. Das bereits bestehende Tagesbetreuungsausbaugesetz reicht nicht aus, da es sich hier lediglich um einen Rechtsanspruch unter bestimmten Bedingungen handelt. Das hat zur Voraussetzung, dass die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahre zeitnah ausgebaut werden.

b) Ab dem vierten Jahr sollte der Halbtagskindergarten oder KITA-Platz entgeltfrei angeboten werden. Die Mittagsverpflegung ist in das Angebot zu integrieren. Für alle Eltern, die es wollen, sollte ein Ganztagsangebot vorgehalten werden.

c) Kinder mit Behinderungen müssen integriert und Kinder aus

Migrantenfamilien sprachlich gefördert werden.

d) Neben den Betreuungsplätzen in Krippen und Kitas hat sich inzwischen auch der Einsatz durch Tagesmütter und –väter als Betreuungsangebot für Kinder durchgesetzt. Diese Möglichkeit ist durch den Staat finanziell zu fördern.

e) Ganztageschulen sind flächendeckend einzurichten. Es ist eine Zusammenarbeit mit interessierten Eltern, außerschulischen Jugendeinrichtungen, Vereinen und Kirchen anzustreben.

f) Auch ungeborene Kinder sind Kinder. Dabei muss den gesetzlich ermöglichten Spätabtreibungen ein Ende gemacht werden.

### **Finanzielle Entlastung**

a) Die vom Laien kaum noch zu verstehende Verzahnung von Kindergeld mit Freibeträgen ist neu zu überdenken. Ein voller Grundfreibetrag von ca. 8000 Euro für jedes Kind und für jeden Erwachsenen könnte in die richtige Richtung weisen.

b) Für Alleinerziehende und Familien mit geringerem Einkommen sollte das Kindergeld auf 250 Euro pro Kind und Monat erhöht werden. Die ungleiche Förderung von Familien mit höherem und niedrigerem Einkommen beim Kindergeld ist konsequent abzubauen.

c) Steuerentlastungen müssen weg von der Konzentration auf Ehen und Familien hin zu Familien mit Kindern. (Ehegattensplitting)

d) Die Finanzierung der Krankenversicherung für Kinder sollte über Steuern von der Allgemeinheit und nicht mehr von den Krankenversicherten selbst geleistet werden, zu denen übrigens die meisten Familien nach wie vor gehören.

e) Auch bei der Altersvorsorge sollten diejenigen, die Kinder erziehen und deshalb wegen der Kosten für die Kindererziehung weniger Geld zum Aufbau einer privaten und betrieblichen Altersvorsorge zur Verfügung haben, Zulagen und Förderung zu Teil werden.

f) Hat eine Familie Pflege für ständig kranke Kinder oder für Kinder mit Behinderungen zu leisten, dann muss ein Rechtsanspruch auf Unterstützung durch den Staat gelten. Dieser Rechtsanspruch mag bei der Entscheidung für ein Kind bei manchen Eltern durchaus eine Rolle spielen.

### **Für ein neues Familienverständnis**

Ich bin von einem biblischen Familienleitbild geprägt. Da bildet die Ehe das Fundament. Mann und Frau leben in einer Beziehung, die alle Lebensbereiche umfasst. Sie beinhaltet eine Entscheidung für lebenslange Treue. Die Beziehung umschließt das gemeinsame Leben, die gegenseitige Verantwortung in guten und bösen Tagen und die Bereitschaft, die gemeinsamen Kinder ins Leben zu begleiten. Dieses von der christlichen Tradition geprägte Familienverständnis hat inzwischen in unserer Gesellschaft sein Alleinvertretungsmerkmal verloren. Es ist ein Lebensmodell unter vielen anderen. Wir begegnen mittlerweile vielfältigen Lebensformen und Lebensstilen. Kinder wachsen daher in

unterschiedlichsten Konstellationen auf. Daraus darf ihnen kein Nachteil entstehen. Ihr Wohl steht im Vordergrund.

Als Christen müssen wir akzeptieren, dass Familie nicht mehr nur dort ist, wo Kinder zusammen mit Vater und Mutter groß werden, die sich im kirchlichen Sinne als Mann und Frau verstehen. Familie ist für mich inzwischen immer dort, wo Kinder in auf Dauer angelegten Verantwortungsgemeinschaften leben. Kinder gilt es dort zu unterstützen wo sie leben.

Ich bin dankbar in einem Staat zu leben, der seinen Bürgerinnen und Bürgern keine Vorgaben macht, nach welchem Idealbild sie gefälligst zu leben haben.

Christen sind allerdings herausfordert, immer wieder zu überzeugen, dass das biblisch geprägte Familienleitbild mit Ehe im Zentrum sehr wohl ein hilfreiches Modell ist, gemeinsam mit Kindern ein erfülltes Leben zu führen.

**Erscheinungsmedium:**

Journal „Siehe oben“, 1/ 2006

Michael Borkowski  
Sudwiesenstr. 24  
OT Grasdorf  
30880 Laatzen